

Rede von Hans-Dietrich Genscher vor der WEU-Versammlung (Paris, 20. Juni 1984)

Legende: Am 20. Juni 1984 präsentiert Hans-Dietrich Genscher, bundesdeutscher Außenminister und amtierender Ratsvorsitzender der Westeuropäischen Union (WEU), der Versammlung der Union den Jahresbericht des Rates für das Jahr 1983. In seinem Vortrag führt er Argumente für die Belebung der WEU als einzige europäische Organisation an, die auf einer vertraglichen Grundlage über Befugnisse im Bereich Sicherheit und Verteidigung verfügt.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 27.06.1984, Nr. 75. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Die Bedeutung der WEU für die Festigung des Bündnisses", p. 662-665.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_hans_dietrich_genscher_vor_der_weu_versammlung_paris_20_juni_1984-de-b605938a-86dc-4de7-9a22-e9e0b95ccdca.html

Publication date: 22/06/2015

Die Bedeutung der WEU für die Festigung des Bündnisses

Rede des Bundesministers des Auswärtigen vor der WEU-Versammlung in Paris

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist mir eine besondere Ehre, heute vor der Versammlung der Westeuropäischen Union das Wort zu ergreifen.

Ich freue mich, auf diese Weise dem parlamentarischen Gremium der WEU, meine Wertschätzung und meinen Respekt zum Ausdruck bringen zu können. Bevor ich mich den eigentlichen Themen meiner Ansprache zuwende, möchte ich Ihnen, Herr Präsident, zu Ihrer Wahl herzliche Glückwünsche aussprechen. Ich bin überzeugt, daß Sie Ihre wichtige Aufgabe mit Umsicht, Sachkunde und persönlichem Engagement wahrnehmen werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte zu Ihnen heute in zweifacher Funktion sprechen: Zunächst als Vorsitzender des Ministerrates, sodann in meiner Eigenschaft als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland.

Als Vorsitzender des Ministerrates habe ich die ehrenvolle Aufgabe, den 29. Jahresbericht einzuführen, der der Versammlung nach Artikel IX des modifizierten Brüsseler Vertrages jährlich zu erstatten ist.

Der Jahresbericht umfaßt den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1983 - meine Ausführungen werden sich deshalb auf diesen Zeitraum konzentrieren; ich werde darüber hinaus über die Sitzung des Ministerrates am 12. Juni 1984 berichten. Entsprechend dem Aufbau des Jahresberichts werde ich als erstes über die Beziehungen zwischen Rat und Versammlung, dann über die Tätigkeit des Rates und schließlich - ein unerlässliches Thema - über die Haushaltsfragen sprechen.

Beziehungen Rat - Versammlung

Die WEU-Versammlung ist das einzige parlamentarische Gremium im europäischen Rahmen, das durch völkerrechtlichen Vertrag ausdrücklich zur Behandlung sicherheitspolitischer Fragen berufen ist. Dies unterstreicht ihre besondere Bedeutung und die Wichtigkeit ihrer Aufgabe.

Fragen der Sicherheitspolitik sind für die Völker Europas von zentralem Interesse. Hier liegt eine wesentliche Aufgabe dieser parlamentarischen Versammlung: Sie stellt das Forum dar, in dem demokratisch gewählte Abgeordnete europäischer Länder europäische Sicherheitspolitik beraten und so die Öffentlichkeit unserer Länder informieren und in die Diskussion einbeziehen können.

Der Rat begrüßt die Sachkunde und Entschlossenheit, mit der sich die Versammlung dieser Aufgabe gewidmet hat. Ihre diesjährige Tagesordnung unterstreicht dies erneut und illustriert ihr Bestreben, die ganze Breite ihrer Aufgaben wahrzunehmen. Die Anerkennung des Rates gilt besonders der Tatsache, daß die Versammlung sich auch diesmal wieder eingehend mit zahlreichen Aspekten der Sicherheit Europas beschäftigt.

Damit die Versammlung ihrer Verantwortung gerecht werden kann, ist ein Dialog zwischen Rat und Versammlung notwendig. Der Rat mißt diesem Dialog große Bedeutung bei und verwendet hierauf einen beträchtlichen Teil seiner Tätigkeit. Wir werden in Zukunft Mittel und Wege suchen, den Dialog noch direkter und unmittelbarer zu gestalten. Dazu werden sicher auch von ihrer Seite Anregungen kommen.

Zum Inhalt des Dialogs möchte ich folgendes herausgreifen:

- Im Jahre 1983 wurde der Dialog über Fragen geführt, die im Zusammenhang mit der Anwendung des modifizierten Brüsseler Vertrages stehen.

Darunter waren auch solche Fragen, mit denen sich die Regierungen der WEU-Mitgliedstaaten in anderen politischen Foren, besonders in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und im Atlantischen Bündnis, befassen.

- Zusätzlich zu seinem Jahresbericht hat der Rat der Versammlung substantielle Antworten auf diejenigen Empfehlungen und schriftlichen Fragen übermittelt, die an ihn gerichtet wurden.
- Als Reaktion auf entsprechende Anfragen hat der Rat das Sekretariat des Ständigen Rüstungsausschusses ermächtigt, dem Ausschuß für wissenschaftliche, technologische und Raumfahrtfragen technische Hilfestellung bei der Erarbeitung eines Berichtes zu geben.

Der Rat ist auch in Zukunft bereit, ähnliche Anfragen der Versammlungsausschüsse zu prüfen.

Im Anschluß an die Ministerratstagungen vom 17. Mai 1983 in Brüssel und vom 12. Juni 1984 hier in Paris fanden informelle Treffen des Rates mit dem Präsidialausschuß, dem Ausschuß für Verteidigungsfragen und Rüstungen und dem Ausschuß für allgemeine Angelegenheiten statt. Die Begegnung vom 12. Juni 1984 führte zu einer ausführlichen Diskussion zwischen den Vertretern der Ausschüsse und dem Rat. Außenminister Cheysson als Ratsvorsitzender informierte die Abgeordneten über die Ergebnisse der Tagung und übergab im Namen des Rates ein Arbeitspapier zur Belebung der WEU, das Ihnen vorliegt. Ich werde an anderer Stelle noch einmal auf die Ergebnisse dieser bedeutsamen Tagung eingehen, die neue Impulse für die künftige Arbeit der WEU erbracht hat.

Im Berichtsjahr 1983 nahmen mehrere Minister die Gelegenheit wahr, vor Ihrer Versammlung das Wort zu ergreifen. Der Rat unterstützt eine solche Beteiligung, insbesondere eine Teilnahme der Außen- und Verteidigungsminister.

Tätigkeit des Rates und seiner Unterorgane

Der Rat unterstreicht in seinem Jahresbericht erneut die Bedeutung, die die sieben Mitgliedstaaten der WEU als der einzigen europäischen Organisation beimessen, die auf Grund ihres Vertrages eine Zuständigkeit in Verteidigungsfragen besitzt. Der Rat bekräftigt die Entschlossenheit der Mitgliedstaaten, alle Verpflichtungen aus dem modifizierten Brüsseler Vertrag zu erfüllen. Dies gilt insbesondere für die Verpflichtung zu kollektiver Selbstverteidigung, wie sie in Artikel V niedergelegt ist.

Im Rahmen ihrer politischen Konsultationen fanden Treffen des Ministerrates am 17. Mai 1983 in Brüssel und am 12. Juni dieses Jahres in Paris statt. Bei dem Treffen in Brüssel wurden insbesondere die Ost-West-Beziehungen unter dem Aspekt der europäischen Sicherheit erörtert. Darüber hinaus wurden auch andere Aspekte der internationalen Situation diskutiert, darunter insbesondere die Lage im Mittelmeer.

An der Ministerratstagung am 12. Juni 1984 hier in Paris nahmen erstmals seit Jahren wieder die Außenminister fast aller Mitgliedstaaten teil. Einen bedeutenden Punkt ihrer Tagesordnung bildete dabei die Erörterung der Möglichkeiten einer stärkeren Nutzung der WEU. Die zahlreichen Empfehlungen und Initiativen der Versammlung fanden dabei ihren Niederschlag.

Das wichtigste Ergebnis dieser Ratstagung möchte ich folgendermaßen zusammenfassen: Die Minister sind übereingekommen, die WEU in Zukunft stärker als bisher als Konsultations- und Abstimmungsforum für ihre enge Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen zu nutzen. Der Ministerrat hat den Ständigen Rat damit beauftragt, auf der Grundlage des Ihnen vorliegenden Arbeitspapiers zu weiteren Fragen der Belebung der WEU konkrete Vorschläge bis zur Oktobersitzung in Rom zu erarbeiten. Es ist beabsichtigt, in Rom eine politische Grundsatzklärung zu verabschieden.

Ich kehre zum Berichtszeitraum zurück: In militärischen Angelegenheiten hat der Rat mit Hilfe des Rüstungskontrollamtes für die Einhaltung der Vorschriften des modifizierten Brüsseler Vertragswerkes über die Höhe der Streitkräfte und der Bewaffnung in den Mitgliedstaaten gesorgt. Die Versammlung wurde darüber informiert, daß der Rat sich auch weiterhin mit der Untersuchung über die verschiedenen Aspekte

einer Reduzierung der Waffenliste von Annex IV zu Protokoll III befaßt hat. Darüber hinaus hat der Rat inzwischen auch mit einer Untersuchung darüber begonnen, auf welche Weise das Rüstungskontrollamt im Rahmen einer umfassenden Erneuerung seiner Funktionen auf anderen Gebieten als seinem derzeitigen Bereich tätig werden könnte. Der Rat wird die Versammlung nach dem Abschluß dieser Untersuchung über die Ergebnisse informieren.

In Durchführung einer Entscheidung, die der Ministerrat am 17. Mai 1983 in Brüssel getroffen hatte, hat der Ständige Rüstungsausschuß die nicht-öffentliche Fassung des ersten Teils seiner Wirtschaftsstudie über den Rüstungssektor der Industrien der Mitgliedstaaten überarbeitet. Eine zur Veröffentlichung bestimmte Version dieser auf dem neuesten Stand befindlichen Studie wird der Versammlung zugeleitet werden.

Das Internationale Sekretariat des Ständigen Rüstungsausschusses hat erste Vorarbeiten für eine andere Studie abgeschlossen, die sich mit dem Eintritt Japans in den Markt für Rüstungsgüter beschäftigen soll. Eine Anzahl von Vorschlägen, die die künftigen Aktivitäten des Ständigen Rüstungsausschusses betreffen, werden derzeit noch im Rat erörtert. Der Rat ist bestrebt, eine Überschneidung mit Tätigkeiten anderer Organisationen im Rüstungsbereich zu vermeiden.

Die Versammlung hat sich in den Empfehlungen 380 und 397 dafür ausgesprochen, die Organisation der WEU den Erfordernissen der achtziger Jahre anzupassen, und in diesem Zusammenhang haben Sie die Aufhebung der letzten noch bestehenden Herstellungsverbote und Mengenkontrollen für konventionelle Waffen befürwortet. Ich kann Ihnen dazu mitteilen, daß sich der Rat der Ständigen Vertreter in Kürze mit diesen Fragen befassen wird.

Haushaltsfragen

Ich komme nun zum letzten Teil des Jahresberichts. Die Finanzlage der Mitgliedstaaten hat den Rat im Jahre 1983 - ebenso wie in den vorangegangenen Jahren - dazu gezwungen, eine sparsame Haushaltspolitik zu verfolgen. Er wird sich dennoch darum bemühen, daß die Organe der WEU weiterhin tatkräftig für die Ziele des Vertrages arbeiten können. Der Rat bleibt entschlossen, dafür Sorge zu tragen, daß die Organe die Mittel erhalten, die für eine effiziente Ausübung ihrer Funktionen und für eine eventuell notwendig werdende Entwicklung ihrer Aktivitäten benötigt werden. Daß wir angesichts der angespannten Haushaltslage auch weiterhin sparsam wirtschaften werden, versteht sich von selbst.

Ich schließe damit den Jahresbericht des Rates ab.

Stärkere Nutzung der WEU

Herr Präsident, meine Damen und Herren. In meiner Eigenschaft als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland möchte ich Ihnen einige Überlegungen vortragen, die aus der Sicht meiner Regierung für eine stärkere Nutzung der WEU sprechen. Ich weiß mich dabei in der Substanz meiner Aussagen mit den Regierungen der WEU-Partner einig. Es lohnt sich, dabei einmal mit den historischen Fakten zu beginnen, die Herr de Decker in seinem Bericht zum dreißigjährigen Bestehen des modifizierten Brüsseler Vertrages so klar und übersichtlich herausgestellt hat.

Die Londoner Konferenz und der Beitritt Italiens und der Bundesrepublik Deutschland zum modifizierten Brüsseler Vertrag liegen 30 Jahre zurück. Nur wenige wissen noch, daß diese politischen Entscheidungen den Weg zur Beseitigung von Folgen des Zweiten Weltkrieges geebnet haben - sie ermöglichten die Aufhebung des Besatzungsstatuts, den Abschluß des Deutschlandvertrages, die Erlangung der Souveränität und den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atlantischen Bündnis. Hier lag der Beginn für die Rückkehr der Bundesrepublik Deutschland und für ihre Integration in den Kreis der westlichen Staatengemeinschaft.

Wir haben seitdem gemeinsam einen langen und erfolgreichen Weg zurückgelegt, und ich meine, niemand von uns hat Grund, die damals getroffenen Entscheidungen zu bereuen. Die WEU hat in dieser langen Zeit im Rahmen der vertraglich gesteckten Ziele wichtige Aufgaben erfüllt.

Heute gilt es, die WEU in einer Weise zu nutzen, die den Forderungen der Gegenwart gerecht wird. Warum die WEU? Das Papier der Arbeitsgruppe des Rates antwortet auf diese Frage: Weil die WEU die einzige europäische Organisation ist, die durch vertragliche Regelung für Verteidigung und Sicherheit zuständig ist. Das gibt uns die Legitimation für das, was wir anstreben: Die Ausnutzung der großen, zum Teil noch unausgeschöpften Möglichkeiten des modifizierten Brüsseler Vertrages.

Es hat in den zurückliegenden Jahren nicht an Bemühungen gefehlt, der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit Europas die dritte Dimension einer gemeinsamen Sicherheitspolitik anzufügen. Die Staats- und Regierungschefs der zehn Mitgliedstaaten der EG haben in der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 bestimmt, daß „die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit“ im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit behandelt werden können. Die Fragen der Verteidigungspolitik bleiben in diesem Zusammenhang ausgeschlossen.

Europa muß jedoch beginnen, auch in diesen Fragen mit einer Stimme zu sprechen, damit es zu einem starken und selbstbewußten Partner im Bündnis wird. Europa und Amerika bilden die beiden Pfeiler der Atlantischen Brücke; sie ergänzen und brauchen einander. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, daß beide Pfeiler stark und tragfähig sind. Auf beiden Seiten des Atlantik gab es immer wieder Klagen über ein Ungleichgewicht im Bündnis.

Es entstand das Bild eines Europas, das Kostgänger amerikanischer Stärke ist. Dazu wiederhole ich hier, was ich am 12. Juni auch im Ministerrat gesagt habe: Nicht die USA sind im Bündnis zu stark, sondern die Europäer sind zu schwach. Es gilt, den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken. Das heißt vor allem die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Europäer zu bündeln. Wenn uns das gelingt, werden wir mehr Gewicht im Nordatlantischen Bündnis erlangen und mehr Anerkennung außerhalb des Bündnisses erfahren.

Ich betone den Bündnisaspekt hier nicht ohne Grund: Es täuschen sich alle jene, die hinter einer Belegung der WEU den Aufbau einer Gegenposition zur NATO vermuten, oder die glauben, hier sei ein Ansatz, Europa und Amerika voneinander zu trennen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Belegung der WEU dient der Festigung des Bündnisses. Unser Ziel, die Stärkung des europäischen Pfeilers der Allianz, bestimmt den Inhalt der künftigen Arbeit der WEU. Kurz zusammengefaßt heißt das: Die WEU sollte das Abstimmungsforum der Europäer für alle Themen werden, bei denen sich eine gemeinsame europäische Haltung im Bündnis empfiehlt. Das ist eine weitgespannte Aufgabe. Das Ihnen vorliegende Papier der Arbeitsgruppe des Ständigen Rates hat vier Themen herausgegriffen, die den Anfang für die gemeinsame Arbeit bilden können und wichtige Bereiche abdecken. Sie können dazu beitragen, „die Probleme der europäischen Sicherheit zu untersuchen und neu zu definieren“, wie es ein Empfehlungsentwurf der Versammlung ausdrückt.

Lassen Sie uns einen Blick auf diese Themen werfen:

- Die Durchführung einer Bedrohungsanalyse Europas, oder, anders gesagt: die Analyse der militärischen, politischen und psychologischen Aspekte des Kräfteungleichgewichts in Europa ist die Grundlage für die Formulierung der sicherheitspolitischen Interessen Europas.
- Was die Auswirkungen der internationalen Entwicklung auf die Sicherheit Europas angeht, so werden wir uns hier insbesondere mit den Ursachen der Krisen und Konflikte in der Dritten Welt zu beschäftigen haben.

Dabei sollte es uns gelingen, dem Gedanken noch deutlicher Geltung zu verschaffen, daß wirkliche Blockfreiheit ein wesentlicher Bestandteil für Stabilität in der Welt ist, daß der Ost-West-Gegensatz nicht auf die Dritte Welt übertragen werden darf.

Ebenso müssen wir uns bewußt sein, daß wirtschaftliche und soziale Instabilität eine besondere Bedeutung haben, und daß Maßnahmen zu ihrer Überwindung in der Dritten Welt ein Stück Sicherheitspolitik auch für uns in Europa darstellen.

In diesem Zusammenhang taucht häufig die Frage auf, ob die Beschäftigung mit diesen Fragen im Rahmen der WEU dazu führen könnte, auf dem Umweg über die WEU die geographische Beschränkung der NATO aufzuheben. Dazu möchte ich eindeutig feststellen: Dies ist nicht beabsichtigt.

Die Bundesregierung wird nicht an die im Bündnis festgelegten Grundsätze rühren.

- Die Verstärkung des transatlantischen Dialogs in all seinen Aspekten ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Bündnisses selbst. Sie festigt die politische Zusammenarbeit und damit die Kohärenz der Allianz.
- Zur Koordinierung der Rüstungszusammenarbeit hat auch Ihre Versammlung immer wieder Anregungen gegeben. Rüstungskooperation ist ein wichtiges Anliegen aller europäischen Staaten.
- Die WEU und ihre Gremien können einen Rahmen für Bemühungen bieten, die vorhandenen europäischen Ressourcen für die konventionelle Komponente der Verteidigung aufeinander abzustimmen und effizienter zu nutzen. Hierdurch könnte auch dem Bedürfnis nach einer besser funktionierenden europäisch-amerikanischen Zweibahnstraße bei Rüstungskooperation und Technologietransfer Rechnung getragen werden.
- Allerdings müssen WEU und NATO sich auch in diesem Bereich ergänzen: Die vorhandenen Institutionen der europäischen Verbündeten in der NATO dürfen in ihrer Arbeit nicht behindert werden.

Eine verstärkte Nutzung der WEU wird in Zukunft sicherlich höhere Anforderungen an die Organisation stellen, als dies bisher der Fall war. Der Ministerrat hat deshalb am 12. Juni 1984 den Ständigen Rat beauftragt, bis zum Jubiläumstreffen in Rom im Oktober 1984 konkrete Vorschläge zu einzelnen Punkten vorzulegen, über die dann die Minister entscheiden können. Ich kann der Arbeit des Ständigen Rates nicht vorgreifen und will deshalb an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten einer möglichen organisatorischen Reform eingehen.

Nur zu einem Einzelpunkt, nämlich der Reform des Rüstungskontrollamtes, noch einige zusätzliche Bemerkungen. Die Versammlung hat stets den im Vertrag festgeschriebenen Auftrag ausgeführt und - zusammen mit dem Rat - darüber gewacht, daß die Rüstungskontrollvorschriften des Vertrages eingehalten wurden. Sie haben deshalb ein besonderes Interesse an dieser Institution, und Sie haben dies mit einer Reihe von Empfehlungen unterstrichen.

Die integrierte Verteidigungsstruktur der NATO und die engen bilateralen und multilateralen Bindungen zwischen den Verbündeten bieten offenen Einblick in die militärischen Fähigkeiten und Absichten aller Partner. Europa soll auf Offenheit und Transparenz aufbauen, die hier in einem in der Welt wohl einzigartigen Maße verwirklicht sind. In den multilateralen Verhandlungen streben wir blockübergreifende, verifizierbare Rüstungskontrollmaßnahmen an. Das Rüstungskontrollamt hat in den fast 30 Jahren seiner Tätigkeit ein hohes Maß an Erfahrungen und Wissen erworben, die nicht verlorengehen dürfen. Eine der wichtigen Aufgaben, mit denen der Rat - auch auf Ihre Empfehlung hin - sich befaßt, ist daher die Untersuchung, auf welche Weise und in welchem Rahmen dieses Potential des Rüstungskontrollamtes in Zukunft genutzt werden könnte.

Wenn wir von Europa sprechen, so dürfen wir nicht außer acht lassen, daß Europa mehr ist als die Sieben, mehr auch als die Europäische Gemeinschaft und der Europarat. Warschau, Prag und Budapest liegen ebenso in Europa wie Paris, London oder Rom. Wir dürfen deshalb im Interesse des Friedens und der Stabilität auf unserem Kontinent und in der Welt in unseren Bemühungen um den Dialog und um Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Pakts nicht nachlassen. Die Versammlung hat sich in mehreren Berichten in diesem Sinne geäußert.

Die Washingtoner Erklärung der Allianz vom 31. Mai 1984 spricht sich ohne Vorbehalte für eine konstruktive Gestaltung der Beziehungen zum Osten durch Dialog und Zusammenarbeit aus. Sie hat insbesondere den im Harmel-Bericht festgelegten Doppelansatz der langfristigen Bündniskonzeption bestätigt und klargestellt:

- Das für die Verteidigung Notwendige wird getan, ohne Streben nach Überlegenheit oder Konfrontation, sondern in der Erwartung, daß die Sowjetunion unsere legitimen Sicherheitsinteressen ebenso respektiert, wie wir die ihren respektieren.

- In Fortführung des Brüsseler Signals vom Dezember 1983 bestätigt der Westen sein Angebot zur Kooperation auf allen Ebenen und in allen Bereichen, ohne Vorbedingungen oder Einschränkungen.

Von besonderer Bedeutung ist, daß der Dialog zwischen den USA und der Sowjetunion wieder in Gang kommt. Präsident Reagan hat dazu zuletzt in seiner Rede von Dublin die Sowjetunion erneut aufgefordert, an die Verhandlungstische zurückzukehren. Die USA seien bereit, sich jeden neuen konkreten Vorschlag der sowjetischen Seite anzuhören und darüber zu verhandeln.

Wir müssen die Möglichkeiten nutzen, die uns die Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa in Stockholm bietet. Wir streben dort ein Netz konkreter, sich ergänzender Maßnahmen an. Wir sind bereit, in Stockholm mit der Sowjetunion auch über eine Bekräftigung des Gewaltverzichts zu sprechen. Die Diskussion des Gewaltverzichts darf jedoch kein Ersatz für die Vereinbarung konkreter Maßnahmen sein, wie sie das Madrider Mandat fordert.

Alle diese Bemühungen müssen ausgerichtet bleiben auf das große Ziel der Schaffung einer europäischen Friedensordnung, in der Staaten mit unterschiedlichen politischen und geschichtlichen Ordnungen in friedlichem Wettbewerb miteinander konkurrieren. Diese Ordnung muß sich gründen auf Vertrauen, auf Zusammenarbeit, auf die Respektierung der gegenseitigen Interessen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der WEU dient der Stärkung Europas und der Festigung der Allianz. Sie ist damit ein Beitrag zu Stabilität und Frieden in der Welt.